

nicht um eine bloße Animosität oder Rivalität der Süddeutschen, sondern, wie auch unsere Versammlung zeigte, um einen Widerstand an allen Stellen und Orten.

In sehr fein durchdachter, vielfach humoristisch gehaltener Form — o seliger Busch, du bist doch ein wahrhafter Tröster und Helfer in dieser schweren Zeit! — sprach Dr. Pöckardt-Berlin über die neuen Steuergesetze, besonders über das Umsatz- und Luxussteuergesetz. Der sehr fesselnde Vortrag, der uns demnächst durch Abdruck zugänglich gemacht werden wird, beschäftigte sich eingehend mit dem großen Steuerbuckett, das uns überreicht worden und zum Teil schon in Kraft getreten ist. Er beleuchtete die einzelnen Steuern, von denen das Postgesetz, die Umsatzsteuer und das Luxussteuergesetz vor allem den Sortimentsbuchhandel berühren. Durch das Postgesetz und die Umsatzsteuer werden die Spesen ganz erheblich erhöht. Während man die Portospesen auf den Bücherkäufer abwälzen kann, wird es bei der Umsatzsteuer nicht angängig sein, man wird also die 500 M., die ein Geschäft mit einem Umsatze von 100 000 M. fortan zu zahlen hat, auf das Spesenkonto schreiben müssen. Diesem stimmten die Redner, die sich zu diesem Punkte äußerten, zu. Das Postgesetz wie die Umsatzsteuer werden manchem Geschäft, besonders den Zeitungen und dem Zeitschriftenhandel, große Beschränkungen auferlegen und den Ruin mancher Blätter mittleren Umfangs herbeiführen. Sehr unklar und für manche Firmen, wie z. B. große Antiquariatsfirmen, beim besten Willen nicht zu erfüllen sind die Bestimmungen über die Luxussteuer. Ist man doch nicht einmal sicher, welche Bücher Luxusausgaben sind, welche nicht usw. Die Luxussteuer kann aber auf das Publikum abgewälzt werden und muß auf die Werke aufgeschlagen werden; der Artikel Philipp Rath's im Börsenblatt Nr. 193 gibt eine vortreffliche Anleitung dafür.

Es folgte nunmehr der Bericht von Bernh. Staar-Berlin über die zur Notstandsordnung beantragten Ausnahmen. Man hatte erwartet, daß es bei diesem Punkt ausgedehnte Debatten gäbe und die Meinungen sehr aufeinander pläzen würden. Davon war kaum etwas zu spüren, das Sortiment war fast einstimmig der Meinung, keine Ausnahmen zuzulassen. Staar hob hervor, daß die Ausnahmebestimmungen das Rudussei der Teuerungszuschläge seien, und verlas dann die lange Liste der Wünsche, die dem Vorstande des Börsenvereins betr. der Ausnahmen zur Notstandsordnung zugegangen sind. Es war eine reiche Speisekarte, die sich dem Auge darbot. Da wollen manche Verbände Zeitschriften und Musikalien, andere Schulbücher und amtliche Publikationen, einige Lieferungen an Behörden und Bibliotheken, wieder andere Antiquaria und Gegenstände des Kunsthandels, insbesondere Lieferungen nach dem Auslande und Verkäufe unter 50 Pfg. ausgenommen wissen. 7 Verbände haben erklärt, daß sie keine Ausnahmen wünschen, und wie aus den Äußerungen hervorging, ist zu erwarten, daß sich diesen auch der größte Teil der anderen Verbände anschließen und die angemeldeten Ausnahmen gern fallen lassen wird. Gar buntschedig und umfangreich ist die Liste der Ausnahmen, die auf die Umfrage des Verlegervereins zustande gekommen ist. Da wollen manche Verleger ihren ganzen Verlag ausgenommen wissen, andere den Kommissionsverlag, da sollen Adreßbücher, Bilderbücher, Choral- und Gesangbücher, Kalender, Gegenstände des Kunsthandels, Schulbücher, Zeitschriften, amtliche Publikationen, Subskriptionswerke, Hörer-Exemplare usw. vom Aufschlag verschont bleiben, sodaß man sich unwillkürlich fragt, was denn einen Aufschlag erhalten soll und wie sich die Herren den Betrieb in einem Sortiment eigentlich denken. Andere wollen wiederum eine Preis- und Zeitgrenze festgesetzt wissen usw., usw., sodaß man schließlich vor Ausnahmen nicht ein noch aus wußte. Der Berichterstatter nahm kurz zu den verschiedenen Ausnahmen, die die Verbände geäußert hatten, Stellung. Er verurteilte den Plan, Zeitschriften ohne Aufschlag zu lassen, da gerade Zeitschriften dem Sortiment in den meisten Städten die größten Spesen verursachen, weil die Löhne für die Austräger hoch geworden sind und noch steigen. Ebenso sei es unsinnig, die Schulbücher und die amtlichen Veröffentlichungen ohne Aufschlag zu lassen; auch müßten die Bibliotheklieferungen mit einem Aufschlag belegt werden. Es sei ein Übel, daß diese jetzt eine Vergünsti-

gung von 17½% erhielten, man solle ihnen die 7½% bis 1920 lassen, aber 10% Zuschlag berechnen. Er bäte dringend, von jeder Ausnahme abzusehen. Seinem Wunsche schlossen sich die sämtlichen Verbände mit Ausnahme des Bayerischen an, der durch Ruffer-München erklärte, daß das Ministerium Aufschläge bei Bibliotheklieferungen und auf Schulbücher nicht gestatte. Den Aufschlag bei den Bibliotheken wünschten zwar sämtliche Verbände, doch erscheint es den meisten durchaus erwünscht, daß hier ein einheitliches Vorgehen, und zwar seitens des Börsenvereins erfolgt, da man anfänglich erklärt habe, daß der Aufschlag als Äquivalent für den Fortfall des Rabatts nicht erhoben werden solle und nur einheitliches Vorgehen die Gefahr beseitigen könne, daß Preisunterbietungen erfolgen. Der Erste Vorsteher des Börsenvereins erklärte, daß er sich jetzt zu etwaigen Ausnahmen nicht äußern könne, sondern die Oktober-sitzung abwarten müsse, dann aber sofort die genehmigten Ausnahmen melden wolle. Es wäre aber gut, wenn die einzelnen Verbände nochmals ihre Vorschläge prüfen würden. Eine Abstimmung der einzelnen Verbände, die Meißner-Hamburg vorschlägt, hält er jedoch nicht für angebracht. Dr. Ehlermann betonte nochmals, daß die mitgeteilten Vorschläge nicht Vorschläge des Deutschen Verlegervereins, sondern nur Äußerungen einzelner Verleger und Verbände seien; ganz ohne Ausnahmen ginge es aber nicht. Der Verlag müsse vor allem auch Rücksicht auf seine Autoren nehmen und sei von diesen abhängig. Schließlich wurde noch die Resolution Burmeisters, daß der Verleger in Zukunft auch den 10prozentigen Teuerungszuschlag des Sortiments mit anzeigen solle, angenommen, nachdem Herr Dr. Ehlermann sich bereit erklärt hatte, sie im Deutschen Verlegerverein zu befürworten.

Herr R. W. Hiersemann sprach dann über den Rabatt nach dem Auslande und seine Versuche, ihn abzuschaffen; er wandte sich in seinem Vortrag gegen das infragestehende Rundschreiben des Verlags und bat dringend, daß der Verlag in solchen Fällen Sachverständige hinzuziehen möge, die mehr von der Sache verstehen und besser unterrichtet sind. Hofrat Dr. Ehlermann verspricht dies auch für die Zukunft. Es sei für den Exporteur leider unmöglich, ohne Rabatt zu liefern, da die großen Handlungen in Amerika ihre Bücher sendungen im Frieden so billig und schnell mit Hilfe der deutschen Schnelldampfer erhielten, daß eine Konkurrenz fast undenkbar sei. Redner schilderte in höchst fesselnder Weise die den meisten Kollegen ganz unbekanntem Verhältnisse im amerikanischen Buchhandel, sodaß nur zu wünschen ist, daß auch dieser Vortrag, der so unendlich viel Neues brachte, der Allgemeinheit zugänglich gemacht werde. Weitbrecht-Hamburg erklärte sich auch für Abschaffung des Exportrabatts, er wünscht vor allem nach dem Krieg eine Einigung der deutschen Exporteure in betreff der Privatkunden, denn in dieser Beziehung würde oft eine ganz schamlose Schleuderei getrieben.

Der letzte Punkt der Tagesordnung: Anfragen und Anregungen, brachte manche Schmerzen der Sortimentler zu Gehör. So beschwerte sich Kollege Braun-Marburg mit Recht darüber, daß eine geschäftliche Korrespondenz den Weg in die politische Presse gefunden habe und nun von dieser zu übertriebenen und unberechtigten Angriffen gegen ihn und seine politische Gesinnung ausgebeutet werde. Eckardt-Heidelberg und Braun-Marburg gaben ihre Erfahrungen mit dem Landesverein vom Roten Kreuz zum Besten, der zwar sehr gerne Spenden annehme, wenn es aber gilt, Aufträge zu erteilen, sie direkt an den Verlag oder nach Berlin überweise. Eckardt gab zu diesem Fall einen Briefwechsel bekannt, in dem der Landesverein sich an den Börsenverein gewandt und diesem mitgeteilt hatte, daß er etwa 60 000 Bücher bestimmten Formats brauche und um Mitteilung geeigneter Verlagsfirmen bäte. Der Börsenverein schickte den Brief dem Verband zur Erledigung, der dann ein Angebot machte, darauf aber die Antwort erhielt, es seien noch genug Bestände von früher vorhanden, im Bedarfsfalle wolle man sich an die Karlsruher Handlungen wenden; eine Bestellung sei jedoch nie erfolgt. Diese Ausschaltung des steuerzahlenden, stets opferwilligen Provinzialbuchhandels sei doch eigentlich unerhört. Andere Kollegen haben ähnliche Erfahrungen gemacht und werden bei weiteren Bitten um Büchergaben